

Der europäische Einigungsprozess ist nichts für Ungeduldige. Laute, große Paukenschläge – wie der Vertrag von Maastricht 1992 oder jener von Lissabon 2007 – waren im Rahmen des europäischen Integrationsprozesses schon immer die Ausnahme. Derzeit erscheinen große Integrationsschritte als fast unmöglich. In der Regel erfolgte die europäische Integration durch eine stille, allmähliche und langsame Ausdehnung der europäischen Befugnisse. Es ist eine Weiterentwicklung in kleinen Schritten, wobei immer wieder der Eindruck entsteht, es ginge einen Schritt vorwärts, aber zwei Schritte zurück. Die gegenwärtige europaweite Zunahme nationaler Antwortversuche auf europäische Herausforderungen verstärkt diesen Eindruck. Mag dieser Trend auch Ausdruck berechtigter Zweifel an der dominierenden neoliberalen Ausrichtung des europäischen Einigungsprojektes sein, so geht er doch in die falsche Richtung: Renationalisierung bewältigt sicher keine internationalen Herausforderungen.

Demgegenüber setzt sich Wien seit dem EU-Beitritt beharrlich für die europäische Integration ein. Im Zentrum der Wiener Aktivitäten stehen dabei der Erhalt des Europäischen Sozialmodells und die Stärkung der städtischen Dimension. Beim europäischen Sozialmodell geht es um die traditionellen sozialdemokratischen Ziele: Sozialer Ausgleich, Herstellung von Chancengleichheit und Stärkung „sozial Schwacher“. Mit seinen vorbildlichen öffentlichen Dienstleistungen, wie dem sozialen Wohnbau, oder im Zusammenhang mit der Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit hat sich Wien auch international viel Anerkennung erworben. Dies ist insbesondere dem schon traditionellen Engagement der politischen und administrativen Ebene geschuldet, wofür ich mich bei dieser Gelegenheit bedanken möchte. Heute ist Wien gern gesehener Partner bei europäischen Aktivitäten, z.B. bei einer europäischen Pilotpartnerschaft zum Thema „Wohnen“ oder im Rahmen der EU-Strategie für den Donauraum (EUSDR).

Auch bei der Stärkung der Rolle der Städte wird Wiens Stimme gehört. So versammelten sich am 21. April 2015 die BürgermeisterInnen der EU-Hauptstädte in Wien und beschloss die Deklaration „Eine starke Stimme in Europa“. Darin fordern sie u.a. eine systematische Einbeziehung der Städte in den gesamten Prozess der Gestaltung der EU-Politik, mehr Handlungsspielräume bei der Umsetzung von der Europäischen Kommission vorgegebener Ziele sowie ein Rederecht der StädtevertreterInnen vor dem Europäischen Parlament. Mit dem vom niederländischen EU-Vorsitz initiierten „Pakt von Amsterdam“ scheint sich 2016 ein „window of opportunity“ zu einer besseren Verankerung der städtischen Dimension zu öffnen. Dass dies notwendig ist, zeigt auch das internationale Flüchtlingsdrama: Städte spielen bei seiner Bewältigung die zentrale Rolle.



Dr. Michael Häupl
Bürgermeister und
Landeshauptmann von Wien